

Zweckverband Wirtschaftsförderung Zabergäu;

Änderung Verbandssatzung

Sachverhalt:

Die Gemeinde Nordheim ist Mitglied des Zweckverbands Wirtschaftsförderung Zabergäu. Hauptaufgabe des Zweckverbandes ist die Erschließung, Vermarktung und Verwaltung des interkommunalen Industriegebietes „Langwiesen“.

Die Verbandssatzung wurde zuletzt im Mai 2017 überprüft und aufgrund der zahlreichen Änderungsbedarfe komplett neu gefasst. Seit diesem Zeitpunkt haben sich einige rechtliche sowie tatsächliche Veränderungen ergeben, die eine Anpassung der Verbandssatzung notwendig machen. Im Einzelnen sind folgende Änderungen vorgesehen (siehe auch Anlage 2 – Synopse zur Änderung der Verbandssatzung):

1. Zuständigkeiten nach LBO im Verbandsgebiet (§ 2 Verbandssatzung)

Aufgrund von Absprachen zwischen dem Zweckverband und den Belegenheitsgemeinden Cleebrohn und Güglingen nimmt der ZWZ bereits seit geraumer Zeit im Verbandsgebiet alle Gemeindeaufgaben nach der LBO wahr (insbesondere Annahmestelle für Bauanträge, Führung der Bauakten, Nachbaranhörungen, Hausnummernvergabe). Dies soll nun auch formal verankert werden. Das fachaufsichtliche Einvernehmen der unteren Baurechtsbehörde beim Landratsamt Heilbronn ist beantragt.

2. Anpassung von Begrifflichkeiten, Wertgrenzen und Zuständigkeiten (§§ 6 und 9 Verbandssatzung)

Aufgrund der NKHR-Umstellung ist eine Anpassung einzelner Begrifflichkeiten („Aufwendungen und Auszahlungen“ statt „Ausgaben“; „Jahresabschluss“ statt „Jahresrechnung“) notwendig. Ferner soll dem deutlichen Anstieg der Baukosten, der Bodenrichtwerte und des allgemeinen Preisniveaus durch eine Verdoppelung der bisherigen Wertgrenzen Rechnung getragen werden. Zu guter Letzt soll klar gestellt werden, dass die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens im Verbandsgebiet durch den Verbandsvorsitzenden erfolgt. Dies entspricht der langjährigen Handhabung.

3. Geschäftsgang in der Verbandsversammlung (§ 7 Verbandssatzung)

Nachdem zwischenzeitlich alle Verbandsmitglieder auf einen digitalen Sitzungsdienst umgestellt haben, soll diese Möglichkeit auch für den ZWZ eröffnet werden. Ferner sollen die Voraussetzungen für Videositzungen geschaffen werden.

4. Deckung des Finanzbedarfs (§ 13 Verbandssatzung)

Durch die NKHR-Umstellung zum 01.01.2020 ist es rückwirkend notwendig, die Umlagenerhebung an den dortigen Rechtsrahmen und die dortigen Begrifflichkeiten anzupassen. Da der ZWZ seit 01.01.2023 das neue Umsatzsteuerrecht für Kommunen anwendet, ist es ebenfalls rückwirkend erforderlich, eine Regelung zum Umgang mit einer etwaig anfallenden Umsatzsteuer auf die Verbandsumlagen zu treffen. Laut Einschätzung des Steuerberaters des ZWZ kann aktuell zumindest für Teile der Verbandsumlage eine Umsatzsteuerpflicht nicht ausgeschlossen werden.

Die Änderung der Verbandssatzung bedarf der Zustimmung der Gemeinderäte aller Verbandsmitglieder, eines Beschlusses der Verbandsversammlung und einer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde. Abschließend ist noch eine öffentliche Bekanntmachung erforderlich.

Finanzierung

Die Änderung der Verbandssatzung hat keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen. Sollten die Verbandsumlagen zukünftig tatsächlich ganz oder teilweise der Umsatzsteuer unterliegen, würde dies zu entsprechenden Mehraufwendungen bei den Verbandsmitgliedern führen.

Bewertung der Nachhaltigkeit

Durch die vorgeschlagene Änderung der Verbandssatzung kann eine bewährte Form der interkommunalen Zusammenarbeit im Zabergäu auf eine zeitgemäße Grundlage gestellt werden.

Beschlussvorschlag:

1. Der als Anlage 1 beigefügten Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbands Wirtschaftsförderung Zabergäu wird zugestimmt.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, in der nächsten Verbandsversammlung für die vorgeschlagene Änderung der Verbandssatzung zu stimmen.

Anlagen:

1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbands Wirtschaftsförderung Zabergäu
2. Synopse zur Änderung der Verbandssatzung

Sachbearbeitung	Beate Schweiker	07.05.2024
geprüft/freigegeben	BM Schiek	07.05.2024

Synopse zur
Änderung der Verbandssatzung

Fassung vom 10.05.2017	Aktuelle Änderung
Verbandssatzung des Zweckverbands Wirtschaftsförderung Zabergäu	Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbands Wirtschaftsförderung Zabergäu
<p style="text-align: center;">§ 2 Aufgaben des Zweckverbands</p> <p>(4) Die Aufgaben der Gemeinde nach der Landesbauordnung werden für das Zweckverbandsgebiet nicht übertragen und verbleiben daher bei der jeweiligen Belegenheitsgemeinde. Dies gilt auch für die Vergabe von Hausnummern gemäß § 2 Abs. 1 GemO i.V.m. § 126 Abs. 3 BauGB. Die Belegenheitsgemeinden sind verpflichtet, dem Zweckverband von jedem Baugesuch und jeder Baugenehmigung eine Mehrfertigung dauerhaft zu überlassen.</p>	<p>§ 2 (Aufgaben des Zweckverbands) Absatz 4 wird wie folgt neu gefasst:</p> <p>(4) Die Städte und Gemeinden Brackenheim, Cleeborn und Güglingen übertragen dem Zweckverband für das Zweckverbandsgebiet die Aufgaben der Gemeinde nach der Landesbauordnung. Dies gilt auch für die Vergabe von Hausnummern gemäß § 2 Abs. 1 GemO i.V.m. § 126 Abs. 3 BauGB.</p>
<p style="text-align: center;">§ 6 Aufgaben der Versammlung</p> <p>(2) Die Versammlung ist insbesondere zuständig für</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen; 2. die Aufnahme weiterer Vereinsmitglieder, das Ausscheiden und den Ausschluss einzelner Vereinsmitglieder sowie die Auflösung des Zweckverbands; 3. die Bildung von Ausschüssen; 4. die Wahl des Vereinsvorsitzenden sowie seiner Stellvertreter; 5. die Wahl des Geschäftsführers und seines Stellvertreters; 	<p>§ 6 (Aufgaben der Versammlung) Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:</p> <p>(2) Die Versammlung ist insbesondere zuständig für</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen; 2. die Aufnahme weiterer Vereinsmitglieder, das Ausscheiden und den Ausschluss einzelner Vereinsmitglieder sowie die Auflösung des Zweckverbands; 3. die Bildung von Ausschüssen; 4. die Wahl des Vereinsvorsitzenden sowie seiner Stellvertreter; 5. die Wahl des Geschäftsführers und seines Stellvertreters;

Fassung vom 10.05.2017	Aktuelle Änderung
<ol style="list-style-type: none"> 6. den Erlass der Haushaltssatzung, die Festsetzung der Verbandsumlagen und die Feststellung der Jahresrechnung; 7. die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel ab einem Betrag von mehr als 10.000 EUR im Einzelfall; 8. die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 5.000 EUR im Einzelfall; 9. die Aufnahme und Umschuldung von Krediten; 10. den Erwerb, die Veräußerung, den Tausch und die dingliche Belastung von beweglichen und unbeweglichen Vermögensgegenständen ab einem Wert von mehr als 10.000 EUR im Einzelfall; 11. die Festlegung der Grundsätze zur Ansiedlung von Firmen und zur Veräußerung von Grundstücken im Verbandsgebiet; 12. den Abschluss von öffentlich-rechtlichen Verträgen nach § 2 Abs. 5 Satz 2 dieser Verbandssatzung; 13. den Abschluss von Miet- und Pachtverträgen sowie sonstigen laufenden Verträgen ab einem Jahresbetrag von mehr als 10.000 EUR im Einzelfall; 14. die Stundung von Forderungen im Einzelfall ab einem Betrag von mehr als 10.000 EUR oder mehr als 6 Monaten, sowie die Niederschlagung, den Erlass und den Verzicht auf Ansprüche des Zweckverbands bei einem Betrag von mehr als 1.000 EUR im Einzelfall; 15. alle sonstigen Angelegenheiten, die für den Zweckverband von grundsätzlicher Bedeutung sind. 	<ol style="list-style-type: none"> 6. den Erlass der Haushaltssatzung, die Festsetzung der Verbandsumlagen und die Feststellung des Jahresabschlusses; 7. die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel ab einem Betrag von mehr als 20.000 EUR im Einzelfall; 8. die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen von mehr als 10.000 EUR im Einzelfall; 9. die Aufnahme und Umschuldung von Krediten; 10. den Erwerb, die Veräußerung, den Tausch und die dingliche Belastung von beweglichen und unbeweglichen Vermögensgegenständen ab einem Wert von mehr als 20.000 EUR im Einzelfall; 11. die Festlegung der Grundsätze zur Ansiedlung von Firmen und zur Veräußerung von Grundstücken im Verbandsgebiet; 12. den Abschluss von öffentlich-rechtlichen Verträgen nach § 2 Abs. 5 Satz 2 dieser Verbandssatzung; 13. den Abschluss von Miet- und Pachtverträgen sowie sonstigen laufenden Verträgen ab einem Jahresbetrag von mehr als 20.000 EUR im Einzelfall; 14. die Stundung von Forderungen im Einzelfall ab einem Betrag von mehr als 20.000 EUR oder mehr als 6 Monaten, sowie die Niederschlagung, den Erlass und den Verzicht auf Ansprüche des Zweckverbands bei einem Betrag von mehr als 2.000 EUR im Einzelfall; 15. alle sonstigen Angelegenheiten, die für den Zweckverband von grundsätzlicher Bedeutung sind.
<p style="text-align: center;">§ 7 Geschäftsgang in der Versammlung</p> <p>(1) Der Vorstandsvorsitzende beruft die Versammlung schriftlich mit angemessener Frist ein und teilt rechtzeitig, in der</p>	<p>§ 7 (Geschäftsgang in der Versammlung) Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:</p> <p>(1) Der Vorstandsvorsitzende beruft die Versammlung schriftlich oder elektronisch mit angemessener Frist ein und teilt</p>

Fassung vom 10.05.2017	Aktuelle Änderung
<p>Regel mindestens sieben Tage vor dem Sitzungstag, die Verhandlungsgegenstände mit. In dringenden Fällen kann die Einladung formlos und ohne Einhaltung einer Frist ergehen.</p>	<p>rechtzeitig, in der Regel mindestens sieben Tage vor dem Sitzungstag, die Verhandlungsgegenstände mit; dabei sind die für die Verhandlung erforderlichen Unterlagen beizufügen, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen. In dringenden Fällen kann die Einladung formlos und ohne Einhaltung einer Frist ergehen.</p>
	<p>Nach § 7 (Geschäftsgang in der Verbandsversammlung) Absatz 1 wird folgender neue Absatz 1a ergänzt:</p> <p>(1a) Der Verbandsvorsitzende kann Verbandsversammlungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum in Form von Videokonferenzen einberufen. Die Voraussetzungen für die Einberufung und die Durchführung dieser Verbandsversammlungen richtet sich nach den Bestimmungen des § 37a Abs. 1 und 2 Gemeindeordnung.</p>
<p style="text-align: center;">§ 9 Stellung und Aufgaben des Verbandsvorsitzenden</p> <p>(4) Dem Verbandsvorsitzenden werden folgende Angelegenheiten zur dauerhaften Erledigung übertragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel bis zu einem Betrag von 10.000 EUR im Einzelfall; 2. die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben bis zu einem Betrag von 5.000 EUR im Einzelfall; 3. der Erwerb, die Veräußerung, den Tausch und die dingliche Belastung von beweglichen und unbeweglichen Vermögensgegenständen bis zu einem Wert von 10.000 EUR im Einzelfall; 	<p>§ 9 (Stellung und Aufgaben des Verbandsvorsitzenden) Absatz 4 wird wie folgt neu gefasst:</p> <p>(4) Dem Verbandsvorsitzenden werden folgende Angelegenheiten zur dauerhaften Erledigung übertragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel bis zu einem Betrag von 20.000 EUR im Einzelfall; 2. die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bis zu einem Betrag von 10.000 EUR im Einzelfall; 3. der Erwerb, die Veräußerung, den Tausch und die dingliche Belastung von beweglichen und unbeweglichen Vermögensgegenständen bis zu einem Wert von 20.000 EUR im Einzelfall;

Fassung vom 10.05.2017	Aktuelle Änderung
<p>4. den Abschluss von Miet- und Pachtverträgen sowie sonstigen laufenden Verträgen bis zu einem Jahresbetrag von 10.000 EUR im Einzelfall;</p> <p>5. die Stundung von Forderungen im Einzelfall bis zu einem Betrag von 10.000 EUR und bis zu längstens 6 Monaten, sowie die Niederschlagung, den Erlass und den Verzicht auf Ansprüche des Zweckverbands bis zu einem Betrag von 1.000 EUR im Einzelfall;</p> <p>6. den Abschluss von Arbeitsverträgen mit dem Geschäftsführer und seinem Stellvertreter.</p>	<p>4. den Abschluss von Miet- und Pachtverträgen sowie sonstigen laufenden Verträgen bis zu einem Jahresbetrag von 20.000 EUR im Einzelfall;</p> <p>5. die Stundung von Forderungen im Einzelfall bis zu einem Betrag von 20.000 EUR und bis zu längstens 6 Monaten, sowie die Niederschlagung, den Erlass und den Verzicht auf Ansprüche des Zweckverbands bis zu einem Betrag von 2.000 EUR im Einzelfall;</p> <p>6. die Erklärung des Einvernehmens gemäß § 36 Abs. 1 BauGB über die Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb des Verbandsgebiets nach den §§ 31, 33 bis 35 BauGB;</p> <p>7. den Abschluss von Arbeitsverträgen mit dem Geschäftsführer und seinem Stellvertreter.</p>
<p style="text-align: center;">§ 13 Deckung des Finanzbedarfs</p> <p>(1) Die Ausgaben des Zweckverbands werden, soweit sie nicht durch andere Einnahmen gedeckt werden können, nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen durch Umlagen finanziert. Die Höhe der Umlagen wird in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr getrennt für den Verwaltungshaushalt ohne Zinsausgaben (Verwaltungs- und Betriebskostenumlage), die Zinsausgaben (Zinsumlage) und den Vermögenshaushalt (Kapitalumlage) festgesetzt.</p>	<p>§ 13 (Deckung des Finanzbedarfs) Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:</p> <p>(1) Die Aufwendungen und Auszahlungen des Zweckverbands werden, soweit sie nicht durch andere Erträge und Einzahlungen gedeckt werden können, nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen durch Umlagen finanziert. Die Höhe der Umlagen wird in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr getrennt für den Ergebnishaushalt ohne Zinsaufwendungen (Verwaltungs- und Betriebskostenumlage), die Zinsaufwendungen (Zinsumlage) und den investiven Teil des Finanzhaushalts (Kapitalumlage) vorläufig und beim Jahresabschluss endgültig festgesetzt.</p>
	<p>Nach § 13 (Deckung des Finanzbedarfs) Absatz 1 wird folgender neue Absatz 1a ergänzt:</p>

Fassung vom 10.05.2017	Aktuelle Änderung
	(1a) Soweit aus den Umlagen Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) zu entrichten ist, wird diese in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe gesondert ausgewiesen und zusammen mit den Umlagen erhoben.

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbands Wirtschaftsförderung Zabergäu

Aufgrund von §§ 6, 7 und 21 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) in Verbindung mit §§ 166 Abs. 4, 205 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB) hat die Verbandsversammlung des Zweckverbands Wirtschaftsförderung Zabergäu am XX.XX.2024 folgende Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbands Wirtschaftsförderung Zabergäu beschlossen:

§ 1 Satzungsänderung

§ 2 (Aufgaben des Zweckverbands) Absatz 4 wird wie folgt neu gefasst:

- (4) Die Städte und Gemeinden Brackenheim, Cleebronn und Güglingen übertragen dem Zweckverband für das Zweckverbandsgebiet die Aufgaben der Gemeinde nach der Landesbauordnung. Dies gilt auch für die Vergabe von Hausnummern gemäß § 2 Abs. 1 GemO i.V.m. § 126 Abs. 3 BauGB.

§ 6 (Aufgaben der Verbandsversammlung) Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

- (2) Die Verbandsversammlung ist insbesondere zuständig für
1. den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen;
 2. die Aufnahme weiterer Verbandsmitglieder, das Ausscheiden und den Ausschluss einzelner Verbandsmitglieder sowie die Auflösung des Zweckverbands;
 3. die Bildung von Ausschüssen;
 4. die Wahl des Verbandsvorsitzenden sowie seiner Stellvertreter;
 5. die Wahl des Geschäftsführers und seines Stellvertreters;
 6. den Erlass der Haushaltssatzung, die Festsetzung der Verbandsumlagen und die Feststellung des Jahresabschlusses;
 7. die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel ab einem Betrag von mehr als 20.000 EUR im Einzelfall;
 8. die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen von mehr als 10.000 EUR im Einzelfall;
 9. die Aufnahme und Umschuldung von Krediten;
 10. den Erwerb, die Veräußerung, den Tausch und die dingliche Belastung von beweglichen und unbeweglichen Vermögensgegenständen ab einem Wert von mehr als 20.000 EUR im Einzelfall;
 11. die Festlegung der Grundsätze zur Ansiedlung von Firmen und zur Veräußerung von Grundstücken im Verbandsgebiet;
 12. den Abschluss von öffentlich-rechtlichen Verträgen nach § 2 Abs. 5 Satz 2 dieser Verbandssatzung;
 13. den Abschluss von Miet- und Pachtverträgen sowie sonstigen laufenden Verträgen ab einem Jahresbetrag von mehr als 20.000 EUR im Einzelfall;
 14. die Stundung von Forderungen im Einzelfall ab einem Betrag von mehr als 20.000 EUR oder mehr als 6 Monaten, sowie die Niederschlagung, den Erlass und den Verzicht auf Ansprüche des Zweckverbands bei einem Betrag von mehr als 2.000 EUR im Einzelfall;
 15. alle sonstigen Angelegenheiten, die für den Zweckverband von grundsätzlicher Bedeutung sind.

§ 7 (Geschäftsgang in der Verbandsversammlung) Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

- (1) Der Verbandsvorsitzende beruft die Verbandsversammlung schriftlich oder elektronisch mit angemessener Frist ein und teilt rechtzeitig, in der Regel mindestens sieben Tage vor dem Sitzungstag, die Verhandlungsgegenstände mit; dabei sind die für die Verhandlung erforderlichen Unterlagen beizufügen, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen. In dringenden Fällen kann die Einladung formlos und ohne Einhaltung einer Frist ergehen.

Nach § 7 (Geschäftsgang in der Verbandsversammlung) Absatz 1 wird folgender neue Absatz 1a ergänzt:

- (1a) Der Verbandsvorsitzende kann Verbandsversammlungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum in Form von Videokonferenzen einberufen. Die Voraussetzungen für die Einberufung und die Durchführung dieser Verbandsversammlungen richtet sich nach den Bestimmungen des § 37a Abs. 1 und 2 Gemeindeordnung.

§ 9 (Stellung und Aufgaben des Verbandsvorsitzenden) Absatz 4 wird wie folgt neu gefasst:

- (4) Dem Verbandsvorsitzenden werden folgende Angelegenheiten zur dauerhaften Erledigung übertragen:
1. Die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel bis zu einem Betrag von 20.000 EUR im Einzelfall;
 2. die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bis zu einem Betrag von 10.000 EUR im Einzelfall;
 3. der Erwerb, die Veräußerung, den Tausch und die dingliche Belastung von beweglichen und unbeweglichen Vermögensgegenständen bis zu einem Wert von 20.000 EUR im Einzelfall;
 4. den Abschluss von Miet- und Pachtverträgen sowie sonstigen laufenden Verträgen bis zu einem Jahresbetrag von 20.000 EUR im Einzelfall;
 5. die Stundung von Forderungen im Einzelfall bis zu einem Betrag von 20.000 EUR und bis zu längstens 6 Monaten, sowie die Niederschlagung, den Erlass und den Verzicht auf Ansprüche des Zweckverbands bis zu einem Betrag von 2.000 EUR im Einzelfall;
 6. die Erklärung des Einvernehmens gemäß § 36 Abs. 1 BauGB über die Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb des Verbandsgebiets nach den §§ 31, 33 bis 35 BauGB;
 7. den Abschluss von Arbeitsverträgen mit dem Geschäftsführer und seinem Stellvertreter.

§ 13 (Deckung des Finanzbedarfs) Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

- (1) Die Aufwendungen und Auszahlungen des Zweckverbands werden, soweit sie nicht durch andere Erträge und Einzahlungen gedeckt werden können, nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen durch Umlagen finanziert. Die Höhe der Umlagen wird in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr getrennt für den Ergebnishaushalt ohne Zinsaufwendungen (Verwaltungs- und Betriebskostenumlage), die Zinsaufwendungen (Zinsumlage) und den investiven Teil des Finanzhaushalts (Kapitalumlage) vorläufig und beim Jahresabschluss endgültig festgesetzt.

Nach § 13 (Deckung des Finanzbedarfs) Absatz 1 wird folgender neue Absatz 1a ergänzt:

- (1a) Soweit aus den Umlagen Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) zu entrichten ist, wird diese in der im Umsatzsteuergesetz jeweils festgelegten Höhe gesondert ausgewiesen und zusammen mit den Umlagen erhoben.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Abweichend hiervon treten die Änderung von § 13 Abs. 1 rückwirkend zum 01.01.2020 und die Ergänzung um § 13 Abs. 1a rückwirkend zum 01.01.2023 in Kraft.

Brackenheim, den XX.XX.2024

gez.

Thomas Csaszar
Bürgermeister und Verbandsvorsitzender

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO i.V.m. § 5 Abs. 2 Satz 1 des Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber dem Zweckverband Wirtschaftsförderung Zabergäu geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.